

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/41. Jahrgang

Juli 2010

Schutzgebühr: 0.30 E

Bleibt die Wohnbau auf teuren Wohnungen sitzen?

Nicht nur in Fragen Datenschutz (s. Seite 3) steht die Wohnbau derzeit in der Kritik. Statt ausreichenden preiswerten Wohnraum für die Gießener Bevölkerung bereitzustellen, was ihre ureigenste Aufgabe ist, ergeht sie sich in Luxussanierungen. Am Trieb 10/12 beträgt die Miete nun nach einer aufwendigen Sanierung für eine 54 qm große Wohnung 570 E, zuzüglich 70 E Betriebskosten, zuzüglich Wasser und Strom. Zwar sollen die Heizkosten „um bis zu 90%“ gesenkt werden können. Dem widersprechen die genannten Zahlen beträchtlich (vgl. Kasten). Zudem sei in Zukunft das Öffnen der Fenster „kontraproduktiv“. Auch die Wohnungen am Ludwigsplatz (Dachcafé) kosten fast 10 E pro qm – zuzüglich Nebenkosten. Das ist mehr, als für gewerblich genutzte Räume verlangt wird. Da wundert es nicht, daß bisher nur sehr wenige Wohnungen vermietet werden konnten. Im Juli soll die Sanierung abgeschlossen sein;



dann wird auch das Dachcafé wieder öffnen. Während die Wohnbau die Lage preist und auf die Einkaufsmöglichkeiten im Seltersweg und Neustädter Tor verweist (als ob die sich gerade vor der Haustür befänden), will sie den Vertrag des Lebensmittelgeschäfts nebenan nicht verlängern. Und das wäre wirklich wichtiger für potentielle Mieter als eine Apotheke und Buchhandlung im gleichen Haus.

Von einem „sozialen Wohnungsbau“, ihrem ursprünglichen Sinn und Zweck, hat sich die Wohnbau längst entfernt. Mit der Umwandlung in eine – wenn auch noch städtische – GmbH wurde sie der direkten Kontrolle durch das Stadtparlament entzogen und praktiziert ein rein kommerzielles Geschäftsgebaren. Wie es bei jeder Privatisierung der Fall ist - und ein paar gut dotierte Pöstchen spingen auch dabei raus.. Michael Beltz

In einer Studie hat der Immobilienverband Deutschland jetzt festgestellt, daß in Gießen die durchschnittliche Kaltmiete für eine 75 qm große Wohnung 450 E betrage (= 6 E/qm) und die Nebenkosten 165 E. Damit verglichen sind die Nebenkosten der luxussanierten Trieb-Wohnungen überhaupt nicht billig!

Inhalt:

Rot-Grün-Schwarz-Gelbe Gaunerei	S.2
Linksbündnis/Linksfraktion	S.3
Elterngeld/Kliniken/Jugendamt	S.4
Politischer Sumpf/Israels Piraterie	S.5
Georg Elser/Ches Geburtstag	S.6
Leserbriefe /Trauerfeier/DKP	S.7
Termine/40 Jahre Gießener Echo	S.8



"Ich warne Euch, Ihr Brüder Jahns, vor jeder Form des Fußballwahns!" (Joachim Ringelnatz)

GIAG muß zahlen

Mehr als Tausend Euro muß die GIAG einem Gießener Hartz-IV-Empfänger zahlen, dem sie über Jahre selbstherrlich zu wenig für Unterkunft und Heizung gezahlt hatte. Das entschied das Sozialgericht in Gießen vor wenigen Wochen. Nicht nur, daß ihm im Nachhinein ein monatlicher Zuschuß von 20 Euro zugesprochen wurde, die beklagte GIAG muß außerdem die Gerichtskosten und Auslagen des Anwalts bezahlen. - Das zeigt einmal mehr: wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Also nur Mut und sich nichts gefallen lassen!

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Ob von 'Rot'-Grün, ob von Schwarz-Gelben die Grausamkeiten sind die selben

Das jüngste Sparpaket der Bundesregierung ist nicht das erste und wird auch nicht das letzte gewesen sein in der langen Reihe sozialer Grausamkeiten. Und immer trifft es die Armen, Lohnabhängigen und Erwerbslosen.

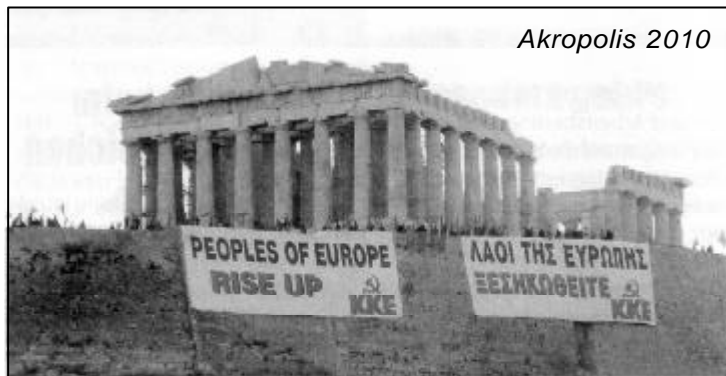
Sozialabbau hat lange Tradition

Begonnen hat es 1974 unter Kanzler Schmidt (SPD), fortgesetzt von Helmut Kohl (CDU). Sukzessive wurden

seither die Menschen geschröpft und die Schere zwischen Arm und Reich größer. Zuweilen kam es zu vorübergehenden Zugeständnissen und realen Verbesserungen, vor allem wenn sie nichts kosten oder sogar dem kapitalistischen System dienlich sind wie z.B. im Bildungswesen und in der Gleichberechtigung.

Nach dem Anschluß der DDR konnte dann richtig rücksichtslos ohne Systemkonkurrenz der Sozialabbau beschleunigt werden. Mit der Losung „Kohl muß weg“ erhofften viele eine Wende zum Besseren. Doch mit

Schröder/Fischer ging es erst richtig los. Planmäßig wurde mit Agenda 2010 Krieg und Armut vorantrieben, so daß für die Beschreibung der unmenschlichen Sparpakete allmählich die Superlative fehlen. Inzwischen gibt es Millionen Arme, Obdachlose, Menschen, die auf Tafeln, Suppenküchen und Kleiderkammern angewiesen sind – in dem reichen Land BRD. Und jetzt



Akropolis 2010

lautet die Forderung: „Schwarz-Gelb muß weg!“ Was käme danach? Eine Agenda 2020? Hartz V?

Die Aufgabe der SPD

Daß CDU und SPD den gleichen Herren dienen und ihre verteilten Rollen im Sandkasten der Demokratie spielen, sollte spätestens seit der

„Rot-Grünen“ Koalition klar geworden sein. Bei den entscheidenden – grundgesetzwidrigen - Weichenstellungen im Dienste des Kapitals hat die SPD ohnehin immer mitgemacht: Remilitarisierung, Notstandsgesetze, Privatisierung von Post und Bahn...

Fakt ist: mit der kapitalistischen ungezügelter Produktionsweise, die nur auf Profit bedacht ist, wird es immer wieder zu Überproduktionskrisen kommen und zum Zusammenbrechen der Finanzmärkte. Dahinter steckt nicht

Dummheit oder böser Wille, sondern das System. Nachdem den Banken sechsstellige Milliardenbeträge in den Rachen geworfen wurden, beschloß man gemeinsam eine „Schuldenbremse“: der Vorwand für das „Sparpaket“.

Was tun die Gewerkschaften

– und die Arbeiterbewegung? Sie fordert wie schon vor Jahrzehnten eine Rücknahme der Beschlüsse, beklagt, daß die

Reichen geschont und nicht zur Kasse gebeten werden und demonstriert. Das ist gut, reicht aber nicht. Erfolge werden erst dann erzielt werden können, wenn das Bewußtsein darüber wächst, daß „Sparpakete“ zum Kapitalismus dazugehören und erst mit ihm zusammen abgeschafft werden können. Dieses Bewußtsein ist in anderen europäischen Ländern - wie Griechenland oder Portugal, aber auch Italien und Frankreich – mehr vorhanden und kommt dort in Massenstreiks zum Ausdruck. Davon sind wir hier meilenweit entfernt.

Erika Beltz



Liebe Leserinnen und Leser,
wir bedanken uns für alle
Spenden und bitten um
mehr

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025,
Sparkasse Gießen

Parlamentarismus

„Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll - das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den alldemokratischsten Republiken.“
(Lenin 1917)

"Fragen an die Birthler-Behörde"

Frage: In der DDR wurden durchschnittlich von Arbeitern und Angestellten 2,8 % des Nettoeinkommens für Miete und 1,5 % für Nebenkosten ausgegeben. Könnte das in der BRD nicht auch möglich sein?

Antwort: Im Prinzip ja, nur, daß wir hier die Freiheit haben, diese Preise ohne Bevormundung selbst gestalten zu können. Und wer - wie hier im Durchschnitt - ein Drittel seines Nettoeinkommens für Miete ausgeben will, kann sogar einen Antrag auf Wohngeld stellen. Das war in der DDR nicht möglich.

Das Linksbündnis zog Bilanz

Die Fraktion des Linksbündnisses im Stadtparlament legte in einer Veranstaltung im Café Amelie Rechenschaft über die ersten vier Jahre ihrer Arbeit ab. Obwohl 90% ihrer Anträge abgelehnt wurden, war ihre Anwesenheit im Parlament nicht wirkungslos.



Auf dem Foto v.l. die Stadtverordneten: Tjark Sauer, Michael Janitzki (beide Linkspartei), Michael Beltz (DKP) und Prof. Aris Christidis (parteilos)

Ob es gegen den Anbau generänderter Pflanzen, Mietpreiserhöhungen, Sozialabbau oder die bürger- und sportfeindliche Landesgartenschau ging: Die vier Stadtverordneten gaben den Gegnern der herrschenden Stadtpolitik eine Stimme und konnten auch einige Erfolge verbuchen. So nahm der Bauverein eine

Mieterhöhung zurück und Gießen-Pass-Inhaber erhalten verbilligte Kinokarten. - Die Meinung unter den Besuchern war klar: auch im nächsten Stadtparlament wird eine solche Fraktion gebraucht. Gernot Linhart

Bahnhofstreppe: die nächste Sünde?

Bei der historischen Treppe am Bahnhofplatz ist es Stadtbaurat Rausch nicht ganz gelungen, den Bürgerwillen zu mißbachten. Obwohl sich eine deutliche Mehrheit für eine originalgetreue Restaurierung ausgesprochen hat, will Rausch an seinen verquerten Modellen und häßlichen Abfahrtsrampen festhalten.

Und ein gebührenpflichtiger Fahrrad-Parkplatz?

Sein Sahnehäubchen: ein unterirdischer Fahrrad-Parkplatz, privat bewirtschaftet und gebührenpflichtig. Mal sehen, was jetzt in der Sondersitzung des Bauausschusses beschlossen wird.



Anträge der Linksfraktion

Vier Anträge der Linksfraktion werden auf der nächsten Sitzung des Stadtparlaments (nach Redaktionsschluß) vorliegen.

Michael Beltz (DKP) beantragte, allen armen Menschen kostenlosen Eintritt in die Landesgartenschau zu gewähren, da sie sonst das beliebte Naherholungsgebiet Wieseckau nicht betreten können. Auch ein ermäßigter Eintritt (in Bad Nauheim 10 Euro) ist für Hartz-IV-Empfänger unerschwinglich.

Außerdem beantragte er, daß die Stadtwerke keine Daten über das Heizverhalten der Mieter an die Wohnbau weitergeben (vgl. Echo 6/10). Auch der Mieterverein hat inzwischen Bedenken über die geplante „Datenbank“ der Wohnbau geäußert. Michael Beltz hat die Angelegenheit dem Hessischen Datenschutzbeauftragten zur Prüfung übergeben.

Michael Janitzki (Linke) beantragte, daß dem Aufsichtsrat des Stadttheaters mehr Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden sollen (insbesondere auch in Bezug auf die Umstände der Vertragsverlängerung der Intendantin) und daß der Aufsichtsrat um einen Vertreter aus dem Bereich Betriebsrat vergrößert werden soll. Außerdem beantragte er, daß die Stelle der Frauenbeauftragten (Ursula Passarge scheidet aus) unverzüglich wieder besetzt werden soll – und zwar nach einer externen Ausschreibung. Wie es den demokratischen Gepflogenheiten entspricht, wurden die Anträge der Linksfraktion in den jeweiligen Ausschüssen abgelehnt, wobei sich die SPD bei der Wohnbau enthielt und zur Stelle der Frauenbeauftragten einen ähnlichen Antrag eingebracht hatte.

Erika Beltz



Sparen bei der Bundeswehr: Die Fahrtkosten gehen gegen null, wenn nur noch heimatnahe Handelswege verteidigt werden

Teure Bushäuschen

Nach den Sommerferien sollen endlich vor dem neuen Rathaus zwei Bus-Wartehäuschen aufgestellt werden. 200.000 E sind dafür bisher eingeplant! Für das gleiche Geld könnte man zwei Eigentumswohnungen kaufen. Allerdings: die vier Schandflecken am Marktplatz haben zusammen – einschließlich Toilette – fast 600.000 E gekostet.

Wir wollen Eure Kinder nicht!

So lautet eine der Botschaften des so genannten Sparpaketes der Bundesregierung. Sie wollen den Beziehern von ALG II in Zukunft kein Elterngeld mehr bezahlen. Bisher wurde hier ein Elterngeld in Höhe von 300 Euro gezahlt, wesentlich weniger als für Kinder von Berufstätigen, die bis zu 1800 Euro Elterngeld beziehen können, abhängig von ihrem Einkommen. Diese soziale Ungerechtigkeit und die damit verbundenen völlig unterschiedliche „Startchancen“ für Kinder werden nun noch deutlich verschärft. Die Kinder von ALG II-Beziehern, den Ärmsten in der Gesellschaft, sind nicht mehr erwünscht. Das und nichts anderes ist die Botschaft der unter christlicher Führung stehenden Bundesregierung. Aber nicht nur die Kinder der Ärmsten sind nicht mehr erwünscht. Die Rentenversicherungsbeiträge für ALG II Bezieher werden gestrichen. Das heißt im Alter sollen sie auf noch niedrigerem Armutsniveau vegetieren.

Besonders perfide dabei ist, dass diese Beiträge bereits gegenüber der ursprünglichen Regelung im ALG II um 50% gekürzt wurden.

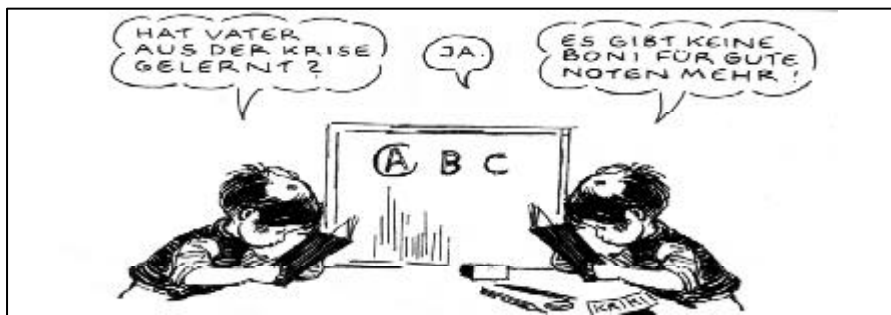
Nun werden sie also gestrichen. Man erinnere sich, die Gegner der Einführung des ALG II bekamen von den SPD/Grünen Machern immer wieder um die Ohren gehauen, dass doch gerade mit den Rentenversicherungsbeiträgen gegenüber der Sozialhilfe eine deutliche Verbesserung geschaffen würde, die keine solchen Beiträge beinhaltete.

Na ja, wir Kommunisten wussten an dieser Stelle die Rolle der SPD schon immer richtig einzuschätzen, sie führen die Verschlechterungen ein, der Widerstand gerade der Gewerkschaften wird durch sie dabei in Grenzen gehalten, und richtig Fahrt nehmen dann die weiteren Sauereien unter konservativer Regierung. Es bleibt dabei: Hartz IV muß weg, das Sparpaket muß weg. K.S.



Privatisierung beim Jugendamt

Die Trennungs- und Scheidungsberatung der Jugendämter bei Stadt und Landkreis Gießen (gesetzliche Grundlage ist das SGB VIII §17) soll in Zukunft der Kinderschutzbund übernehmen. Fast hätte sogar die Caritas den Zuschlag bekommen, dann hätten wohl nur Katholiken, bei denen Ehescheidung verboten ist, „beraten“ dürfen! Das alles soll angeblich der Entlastung der Jugendämter dienen. Wir Kommunisten bleiben dabei, keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben der Jugendhilfe, sondern ausreichende personelle Besetzung der Jugendämter in Stadt und Kreis Gießen.



Neues aus den mittelhessischen Privat-Kliniken

Nichts Gutes ist vom Rhön-Klinik-Konzern (Uni-Kliniken Gießen/Marburg), dem Vitos-Konzern (PKH Licher Straße Gießen/Marburg) und den Asklepios-Kliniken (Licher Krankenhaus) zu hören.

In Gießen-Marburg plant der Rhön-Konzern den Abbau von bis zu 250 der bisherigen 7200 Vollzeitarbeitsplätze. Betroffen sein sollen die so genannten „patientenfernen“ Bereiche. Gültig ist, dass bis zum 31.12.2010 keine betriebsbedingten Kündigungen vorgenommen werden dürfen.

Der Vitos-Konzern will im Gesamtbereich rund 800 Arbeitsplätze streichen, in Gießen/Marburg sollen mehr als 150 Arbeitsplätze im Bereich der sog. Service-Leistungen abgebaut werden.

Und in der Asklepios-Klinik in

Lich ist es nach wie vor so, daß der Konzern keinen Tarifvertrag mit ver.di abschließt.

Dies sind traurige Ergebnisse der Privatisierung von Krankenhäusern, dem Un-

terwerfen der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserhaltung, der Heilung und Linderung von Krankheiten, Schmerzen und Gebrechen jeglicher Art unter das Diktat der Profitmaximierung.

Die politischen Verantwortlichen haben im Auftrag des Kapitals die Gesundheit der Menschen dem Streben nach möglichst hohen Gewinnen unterworfen und die Zweiklassengesellschaft im Gesundheitswesen vertieft. Für uns Kommunisten gilt auch und gerade beim Thema Gesundheit: Gleichwertigkeit aller Menschen, Gleichberechtigung aller Menschen und Chancengleichheit für alle Menschen. Wir wollen keine nach den Kapitalgesetzen funktionierenden Kliniken, der Mensch muß Mittelpunkt des Gesundheitswesens sein. K.S.



Im politischen Sumpf

Der Bundespräsident macht einen Versprecher und plaudert aus, dass deutsche Soldaten ihr Leben für Wirtschaftsinteressen wagen müssen. Das steht bereits in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1994: Auftrag der Bundeswehr ist „die Sicherung des freien Zugangs zu den Rohstoffen und Märkten der Welt.“ So offen darf ein Präsident das nicht sagen und so tritt Köhler zurück. Auch Ministerpräsident Koch hat besseres zu tun, als Hessen zu regieren, Rüttgers geht, Ole von Beust ist amtsmüde. Obama, Merkel, Westerwelle sind gründlich entzaubert. Die Premierminister Japans, der Niederlande, Finnlands werfen das Handtuch. Was ist los in der politischen Welt des Kapitals? Wohin wir auch blicken, es herrscht Resignation, Ratlosigkeit, Verzweiflung. Die Regierenden sind im Sumpf gelandet und werfen in ihrer Not mit gegenseitigen Beschimpfungen um sich, hier „Rumpelstilzchen“, dort „Gurkentruppe“. „Der Spiegel“ sagt es treffend: „Das Verhalten der Regierenden untereinander erinnert an ‘Hells Angels’ und ‘Bandidos’.“ Nur bei oberflächlicher Betrachtung steht die Opposition besser da. Gegen den Weiter-so-Kandidaten für das Präsidentenamt Christian Wulff lassen SPD und Grüne den eitlen Prediger und „Kommunistenfresser“ („Der Spiegel“) Joachim

Gauk antreten, der mit linker Politik, auch im weitesten Sinne, soviel zu tun hat wie die Kuh mit dem Klavierspiel. Er befürwortet den Krieg in Afghanistan, Hartz-IV, Sozialabbau, Rente mit 67. Welch genialer Schachzug der Opposition, einen Kandidaten aufzustellen, der auch für ultrarechte Reaktionäre vom Schlage eines CDU-Schönbohm wählbar ist... Und woher diese ganze politische Verwirrung und Hilflosigkeit? Sind die Hauptakteure allesamt plötzlich reif für die Anstalt?

Nein, das ist es nicht. Der überlebte kranke Kapitalismus, bei dem allein der Profit Maßstab aller Dinge ist, gehört weggesperrt. Da pumpen die Staaten Billionen in Finanzwirtschaft und Industrie, weil die Ökonomie mangels konsumtiver Nachfrage einbricht. Diese Billionen hat man nicht, da man sie dem Monopolkapital schon bei früheren Krisen zugesteckt hat, und so explodieren die Staatsschulden. Sparen sind angesagt. Das funktioniert dann so, dass der Bund zusätzliche Schulden von 170 Milliarden bis 2014 aufnimmt, zuvor aber mit viel Trara 80 Milliarden zusätzliche Schulden streicht. Das darf natürlich nicht die gerade getreteten Konzerne treffen und so spart man bei Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern, was man mit einigen verzierenden Luftbuchungen bei Wohlhabenden ver-



schleiert. Alle kapitalistischen Staaten verfahren mehr oder weniger ebenso, so dass die Nachfrage weiter wegbricht und die Konjunktur abgewürgt wird. Wenn sich so die Krise wieder verschärft, werden die Politiker doppelt ratlos sein, sich gegenseitig die schlimmsten Vorwürfe machen und ansonsten staunen, dass so unerwartet Eisregen und Hagelschlag über die Welt hereingebrochen ist. Nicht einzelne hilflose Politiker sind auszutauschen, sondern das unheilbar kranke Profitsystem mit seinen unlösbaren inneren Widersprüchen. Klaus Mewes

Israels Piraterie und der Niedergang des Zaublerlehrlings des Neoliberalismus

In der Nacht vom 30. auf den 31.05.2010 griffen israelische Soldaten einen Schiffskonvoi an. Dieser sollte Hilfsgüter in den Gazastreifen bringen. Bei dem Angriff auf eines der Schiffe leisteten die unbewaffneten Aktivisten Widerstand. Die Zahl der Toten liegt bei 9, Dutzende wurden verletzt, darunter auch mindestens sieben israelische Soldaten. Der Hilfskonvoi wollte die seit dem 18. Januar 2008 bestehende Blockade des Gazastreifen durch Israel durchbrechen. Die meisten Völkerrechtler sind sich einig, dass der Angriff rechtswidrig war. Das Entern von Schiffen in internationalen Gewässern bzw. eine damit verbundene Seeblockade ist im Falle eines Krieges zwischen zwei Staaten zulässig. Allerdings hat Israel nie dem Gazastreifen den Krieg erklärt. Der Gazastreifen ist völkerrechtlich auch kein Staat. Also im Grunde war der

Einsatz des israelischen Militärs ein Akt von Piraterie. Aber bei der berechtigten Kritik an Israel wird ein anderer Zusammenhang übersehen. Der Krieg ist nicht nur eine moralische, sondern vorrangig eine ökonomische und politische Frage. Israel hat sich in den 90er Jahren zum Musterland des Kapitalismus gemausert. Umfangreiche Privatisierungen von Staatseigentum und massive Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme gehörten dazu. Berücksichtigt man, daß Israel ein hoch entwickelter kapitalistischer Staat ist, ergibt sich folgendes Bild: Israel ist nach den USA das Land mit den größten sozialen Gegensätzen; fast 25% der Israelis gelten als arm. Zwar brachte die neoliberale Entwicklung ein enormes Wachstum der Spitzentechnologien in Israel, aber gleichzeitig ein Anwachsen der industriellen Reservearmee. Hohe

Militärs wurden Miteigentümer an Rüstungskonzernen und der Einfluß des Militärisch-Industriellen-Komplexes auf politische Entscheidungen wurde noch größer. Der Krieg ist mittlerweile auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor, der auf der einen Seite Armut für die breite Bevölkerung und auf der anderen Seite große Profite für die Eliten bedeutet. Gleichzeitig bedeutet die Militarisierung der Gesellschaft, daß man vorgibt, keine Klassen mehr zu kennen, sondern nur noch Israelis. Das Israel von heute ist nicht mehr das Israel der Kibbuzim oder des zionistischen Gründungsmythos, sondern ein militarisierter, kapitalistischer Staat in der Krise. - Also: erst das Wiederaufleben von Klassenkämpfen oder die völlige ökonomische Erschöpfung wird das Ende des Krieges auf die Tagesordnung setzen. Henning Mächerle

Georg Elser, der unbekannte Held

Wenn hierzulande vom Widerstand gegen Hitler die Rede ist, werden in der Regel zuerst die Weiße Rose und der 20. Juli 1944 genannt. Manchen fallen auch Nazi-Gegner aus religiösen Gründen ein, politisch bewußte Menschen wissen natürlich, daß vor allem Kommunisten vom ersten Tag der Nazi-Herrschaft an Widerstand geleistet haben. Am längsten verschwiegen wurde ein Einzelkämpfer, der das Regime aus politischen und religiösen Gründen bekämpfte: der Arbeiter Georg Elser. Schon 1938 beschloss dieser, die Nazi-Führung zu beseitigen um den geplanten Eroberungskrieg zu verhindern. In wochenlanger heimlicher Nacharbeit bereitete er einen Bombenanschlag vor, der am 8. November 1939 die im Münchener Bürgerbräu-Keller versammelte Nazi-Führung töten sollte. Die Bombe explodierte planmäßig, aber Hitler und seine Begleiter hatten vollkommen unplanmäßig den Raum vorzeitig verlassen. Hitler nutzte dies aus, um sich noch stärker auf die „Vorsehung“ zu berufen, die ihn zum unverletzlichen Führer gemacht habe. In einem einstündigen Theaterstück gelang es dem Autor Heiko Osterdorf



Szenenfoto

und den Schauspielern Konrad Haller und Jörg Fabrizius, den Sachverhalt und die komplexe Persönlichkeit des gebildeten, politisch bewußten und religiösen Schreiners Georg Elser auf die Bühne zu bringen. Auch wer über die politischen Hintergründe nicht so gut Bescheid wußte, war beeindruckt. In der Schlußszene gelang es auch noch, einen aktuellen Bezug herzustellen und zu zeigen, daß auch in der jetzigen Gesellschaft Widerstand gegen die Herrschenden schwer (wenn auch nicht mehr lebensgefährlich), aber notwendig ist. Die Aufführung hätte ein größeres Publikum verdient als, zu der Veranstaltung der DGB und der Verdi-Jugend ins Cafe Amelie gekommen war.

Gernot Linhart

Ches Geburtstag im Café Amelie



Auf dem Podium (v.l.): Henning Mächerle, Moderator, Giraldo Abreu Morales, Mitarbeiter der kubanischen Botschaft, Petra Wegener, Dolmetscherin sowie Dirk und Josie Brüning vom Komitee zur Freilassung der Miami 5

Kein Platz blieb frei, als am 14. Juni wieder der Geburtstag Che Guevaras gefeiert wurde, wieder im Café Amelie im Gießener Gewerkschaftshaus. Wie seit vielen Jahren gab es eine gelungene Mischung aus Information und Unterhaltung. Schwerpunkt war in diesem Jahr der weltweite Kampf um die Befreiung der „Miami 5“ aus US-Gefängnissen. Diese 5 kubanischen Patrioten hatten unter den Exil-Kubanern in Miami Informationen gesammelt, um Terror-Anschläge gegen kubanische Einrichtungen zu verhindern. Ihre Erkenntnisse hatten sie nicht nur der Regierung in Havanna mitgeteilt, auch die US-Behörden wurden informiert. Diese gingen aber nicht gegen die enttarnten Terroristen vor, sondern verhafteten die 5 Kubaner. Sie wurden vor Gericht gestellt und nach abenteuerlich konstruierten Anklagen zu langjährigen Haftstrafen (zwischen 15 Jahren und mehrmals

lebenslänglich) verurteilt. Über diesen Fall informierten Josie und Dirk Brüning ausführlich.

Als Überraschungsgast war Giraldo Abreu Morales von der kubanischen Botschaft gekommen. Er berichtete über die neueren Entwicklungen in Kuba. Unter anderem informierte er darüber, daß die Regierung seines Landes daran arbeitet, das System zweier Währungen (inländischer Peso und konvertierbarer Peso) sowie die Rationierung von Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfes zu überwinden.

Nach einer lebhaften Diskussion kam der Frankfurter Sänger und Liedermacher Ernst Schwarz mit seiner gelungenen Mischung aus alten und neuen, deutschen und internationalen politischen Liedern zum Zuge. Der Abend endete mit der gemeinsam gesungenen Internationalen.

Gernot Linhart



Leserbriefe

Die Schere

Manchmal reibe ich mir verwundert die Augen und weiß nicht, was aus meiner Stadt geworden ist. In einer Stadt, wo lobend erwähnt wird, daß eine neue „Tafel“ geschaffen wurde für „Bedürftige“, wo Kinder in Armut leben, nur weil Groß-Kotz ein Projekt von 22 Mio. Euro durchgeboxt hat. Die Gier dieser Machthaber treibt weiter ihre Blüten. Familien kämpfen ums Überleben und Groß-Kotz kann sogar bei seiner umfassenden Arbeit noch einen weiteren Nebenjob sich leisten! Als ich 1984 auf dem Weg von meiner Umschulung nach Hause ging und am Nahrungsberg vorbei kam, standen da, mit einer Spraydose an einer Mauer geschrieben, die Worte: „Gebt Machthabern und Spekulanten keine Chance.“ – Studenten, die heute nur noch für ihre eigenen Belange demonstrieren, waren früher für uns „Arbeiter“ unser Sprachrohr. Die Zukunft wird wohl sein, daß „amerikanische Verhältnisse“ auf uns zukommen. Klaus B.

Israel/Gaza

„Und nicht über und nicht unter anderen Völkern wolln wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein.“ (Bert Brecht) - Ich bin ein Freund aller Völker, so auch des Volkes von Israel. Allerdings wende ich mich vehement gegen eine uneingeschränkte, staatlich verordnete politische Kumpanei mit dem regierungsamtlich betriebenen Zionismus. Die völkerrechtswidrige Blockade des Gazas durch Israel muss sofort beendet werden, wie jede andere inhumane Blockade, z. B. der USA gegen das sozialistische Cuba! Auch dürfen wir in dieser Angelegenheit nicht vergessen: Es wird nach wie vor palästinensisches Territorium besetzt und Siedlungen ausgebaut. Die Probleme von 60% Arbeitslosigkeit und 40% unter der Armutsgrenze lebenden Menschen sprechen mehr als eine deutliche Sprache! Falk Moldenhauer

Wolfsmoral und Kapitalismus

Die Krisen des Kapitalismus nehmen national und weltweit gesetzmäßig zu und werden aggressiver. Die soziale Organisation ist durch Kälte, Armut, Konkurrenz, Erwerbslosigkeit, Ausbeutung und (Bürger-)Kriege charakterisiert. Diese Situation jedoch als "Wolfsmora" zu werten, widerspricht dem tatsächlichen sozialen Zusammenleben von Wölfen, welches normalerweise in Rudeln stattfindet. Diese Dequalifikation der Tiere findet leider auch unter Marxisten statt, so auch von dem von mir hochgeschätzten Philosophen Dr. Robert Stei-

Trauerfeier für Anton Kaiser

Nach dem Largo von Händel wurde in drei Ansprachen das Leben von Anton Kaiser gewürdigt. Michael Beltz für die DKP, Jörg Lüdde als Vertreter von ver.di und die Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz, schilderten den Verstorbenen als einen gradlinigen Menschen, der als Gewerkschafter mit viel Kraft und entsprechendem Risiko die Interessen seiner Kollegen vertrat - bei den Elektrizitätswerken und später bei den Klärwerken. Die Arbeit von Anton Kaiser wurde nicht nur respektiert, sondern er wurde stets auch mit großer Mehrheit in Betriebs- oder Personalrat gewählt. - Sowohl die Oberbürgermeisterin als auch der Vertreter der DKP verurteilten die Kündigung aus politischen Gründen 1950 durch den damaligen Oberbürgermeister Dr. Engler. Die breite Unterstützung seiner Kollegen, seiner Partei, der KPD, und der Einsatz aus der Gewerkschaft, führten zur Wiedereinstellung. - Michael Beltz wies auf die zwanzig Jahre später folgenden Berufsverbote hin, die von Anton und seinem Freund Heinz Nagel konsequenterweise bekämpft wurden. - Zum Abschluß der Trauerfeier erklang die „Internationale“.



Bezirkskonferenz der DKP Hessen

In der Diskussion wurde über die Auswüchse des Kapitalismus gesprochen, die sich einerseits in der Verarmung der Gesellschaft, andererseits in Kriegen Deutschlands bemerkbar machen. Der Kampf gegen Rechtsentwicklung und Militarisation soll verstärkt und gegen den Auftritt der Bundeswehr soll offensiver vorgegangen werden. In seinem Referat hatte der wiedergewählte Vorsitzende der hessischen DKP, Michael Beltz, aufgefordert, die Bildungsarbeit als die eine Seite der Medaille zu betrachten. „Und die andere Seite ist die daraus folgende Aktion und notwendige Kämpfe.“ Er erinnerte an eine alte gewerkschaftlich Forderung: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Anschließend wurde ein neuer Bezirksvorstand mit 24 Genossinnen und Genossen gewählt, dem auch Erika Beltz wieder angehört, die als Gießener Delegierte am Parteitag teilnehmen wird. Kongreßhalle Gießen, 26.6.10

gerwald. Das Wolfsrudel lebt bis zu zwei Jahren in drei Generationen zusammen und unterstützt sich gegenseitig. Kämpfe um die Rangordnung gibt es nicht, was auch das Sexualleben betrifft. Die Darstellung, dass ein schwaches Tier am Ende der Rangordnung steht und in die Rolle des „Prügelknabens“ oder „Omega-Wolfs“ gedrängt wird, ist unzutreffend. Dies geschieht, wenn überhaupt, nur in „menschlicher“ Gefangenschaft. Das Verhältnis zum Menschen ist unter normalen Bedingungen „human“ und friedlich, was man umgekehrt nicht behaupten kann. In vor allen Dingen sozialen Fragen sollte der Mensch vom Wolf lernen, was praktische Humanität ist! - Dies gilt insbesondere auch für Sozialisten/Kommunisten! Uwe Moldenhauer

Sparpaket

Dass die „Großen“ die „Kleinen“ schlucken, ist im Kapitalismus nichts Neues und erfolgt gesetzmäßig. Dieser Prozess ist national wie auch europäisch und weltweit zu beobachten und erfährt seit 1989 eine verschärfte Dynamik. Der vor-malige Aufschwung erreichte zu keinem Zeitpunkt den „Kleinen Mann“, sondern die Reichen und Superreichen. Umge-

kehrt ist es mit den Krisen: Die Armen, Hartz-IV-Empfänger, Erwerbslose, in prekären Arbeitsverhältnissen Tätigen und Mittelschichtler sind betroffen und stürzen in der Tat weiter ab. Dies wird durch das geplante Sparpaket verschärft. Die privilegierten Klassen und Schichten profitieren indes davon, egal ob in Griechenland, Deutschland oder anderswo!

Uwe Bossart

Geldverschwendung

Zuerst lässt sich Herr Köhler zum Bundespräsidenten küren, wirft dann das Amt aus fadenscheinigen Gründen hin und lässt dann noch zum „Großen Zapfenstreich“ antreten. Geldverschwendung und Militarismus hoch drei. F. Oekentorp

Wo ist die Diskretion beim Arzt?

Diskretion wird großgeschrieben in Deutschland. Nicht nur bei Banken, auch am Flughafen, bei der Post und anderswo gibt es dicke Wartelinien. Jeder soll seine persönlichen Belange ohne fremde Zuhörer vortragen können. Nur an der Rezeption der allermeisten Arztpraxen ist das nicht so. Hier müssen die Patienten ihre intimsten Dinge in aller Öffentlichkeit darlegen. Frauke Weber

Aufstand. Jetzt. Bundesweiter Aufruf von Aktionsgruppe Georg Büchner

Die Verursacher und Profiteure der Krise blockieren

Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.

(Multimilliardär W. E. Buffet, 2005)

Alle wissen, dass die Parole ›Wir zahlen nicht für eure Krise‹ längst von der Realität überholt ist. Wenn wir mit diesem kleinsten gemeinsamen Nenner ernst machen wollen, dann müssen wir mehr tun, als mit vielen Menschen auf die Strasse zu gehen. Wir müssen die Richtung ändern, wir müssen die Symbolik hinter uns lassen, wir müssen dafür sorgen, dass die Angst die Seite wechselt. Es ist höchste Zeit, dass sich der Wind dreht, damit das Feuer nicht länger die Hütten niederbrennt, sondern die Paläste der Brandleger heimsucht...

Wir sind nicht länger eure Geldautomaten

Als gemeinsame Aktion einer bundesweiten Kampagne schlagen wir vor, die Zentralen von zwei ›systemischen Banken‹ der Deutschen Bank und der Commerzbank in Frankfurt für einen Arbeitstag zu blockieren. Ziel ist es, den Geschäftsbetrieb zu stoppen, die Business-Party für einen Tag auf den Kopf, also auf die Füße zu stellen. Unsere Forderung ist schlicht: Ihr zahlt die Billionen Euro, die euer Finanzkrieg gekostet hat. Wir werden euch nicht in Ruhe lassen, wir werden wiederkommen, an vielen Orten, zu den unpassendsten Gelegenheiten und Zeiten. - Als Termin für eine zentrale Aktion in Frankfurt schlagen wir euch den Herbst 2010 vor.... Mit dem entsprechenden Votum werden wir zu einer **Aktionskonferenz für Samstag, 11. September 2010 nach Frankfurt** einladen. Gruppen, Organisationen, Einzelpersonen, die diesen Aufruf unterstützen, bitten wir um eine Nachricht an:

ag_georg.buechner@yahoo.de

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>

40 Jahre Gießener Echo

Im September 1970, vor bald 40 Jahren, wurde die erste Ausgabe des Gießener Echo gedruckt – das bereits vor 1933 die Zeitung der KPD in Gießen war. Seither ist es Monat für Monat erschienen, in ehrenamtlicher Arbeit hergestellt. Die Auflage beträgt derzeit 7000, finanziert durch Abonnenten und Spenden.

Dieses Ereignis wollen wir feiern am Donnerstag, dem 16. September, ab 19.30 Uhr, im Kerkrade-Zimmer der Kongreßhalle, mit

Inge Viett

(von der „Bewegung 2. Juni“), die wir bereits mehrmals nach Gießen eingeladen haben. Sie lebte seit 1982 in der DDR, erlebte dort das Ende des sozialistischen Staates, bevor sie 1992 verhaftet wurde. Über ihre Erfahrungen in und mit der DDR wird sie auf dieser Veranstaltung berichten und mit uns diskutieren.

DKP-MV

Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung der DKP ist am Donnerstag, 15. Juli, 19.30 h im Nebenraum des "Bakchos", Neuen Bäu.

Redaktionsschluß für das August-Echo: 22.7.10

Antifaschistische Stadtführungen

der DGB-Jugend Mittelhessen

Die gut dreistündigen Führungen beinhalten eine Route von 21 Stationen zu Fuß durch die Gießener Kernstadt; zu Beginn erfolgt eine Einführung.

Termine: Samstag, 3. Juli, Samstag 4. September, Beginn jeweils 14 Uhr am Gewerkschaftshaus, Walltorstraße.

Kosten: 5 € (erm. 2,50 €)

Führungen für Gruppen können zu gesonderten Terminen vereinbart werden. Weitere Infos und Anmeldung im Internet: www.giessen.dgb.de



E-mail: UZabo@t-online.de

www.unsere-zeit.de

DKP Queer lädt ein

2. Sommercamp

vom 30.7. - 4.8. in Friedrichsdorf

Theorie, Aktion, Kultur

Was ist DKP Queer - Homosexualität im alten Rom mit Besuch des Römerkastell Saalburg - ist Homophobie heilbar u.a.m.

Anmeldung und Infos unter: www.dkp-queer.de, Eintritt: ab 10 Euro

Wir trauern um unseren Genossen

Anton Kaiser

der am 11. Juni im Alter von 90 Jahren verstorben ist.

Anton wurde 1947 Kreisvorsitzender der KPD in Gießen. In der Gewerkschaft ÖTV war er stellvertretender Kreisvorsitzender und wurde wiederholt in den Betriebsrat und zu dessen Vorsitzenden gewählt. Bis zum widerrechtlichen Verbot der KPD war er Stadtverordneter in Gießen und verleugnete auch danach seine Gesinnung nicht. Er arbeitete weiterhin für die Interessen seiner Kollegen und kämpfte für Frieden und Sozialismus. Da die Kandidatur einer Liste der KPD nicht mehr möglich war, kandidierte er auf Bündnislisten zum Stadtparlament.

Beim Ostermarsch, im Georg-Büchner-Club, in der DFU oder auch bei den Kriegsdienstverweigerern war er in den sechziger Jahren aktiv bis er dann bei der Gründung der DKP 1968 sofort Funktionen und Arbeit übernahm.

Anton blieb bis zu seinem Tod seiner Partei treu. Er resignierte nicht in schlechten Zeiten und nahm so lange am Parteeleben teil wie es seine Gesundheit zuließ. Wir werden Anton stets in Erinnerung behalten.

*Deutsche Kommunistische Partei
Kreisorganisation Gießen*